

Wo sind all die Milliarden hin?

Bunker, Lazarette, Desaster Nurse

So titelt die angesehene Fachzeitschrift für Klinikmanager „Das Krankenhaus“ (daskrankenhaus.de) am 28. Oktober 2025 und berichtet über ein Gutachten, das die Kosten zur „Stärkung der Resilienz deutscher Krankenhäuser“ beurteilt hat. Vorbild seien Finnland und Israel, die in „riesigen Bunkeranlagen den Krankenhausbetrieb unterirdisch fortführen können“. Man brauche Krankenhausneubauten mit unterirdischen OP-Bereichen wie in Finnland. Im sog. Bündnisfall liege der Investitionsbedarf bei 4,9 Mrd. Euro, im sog. Verteidigungsfall bei 14-15 Milliarden Euro. 10 % davon kommen mindestens auf die Kommunen zu, für die ja die Krankenhausversorgung zu den Pflichtaufgaben zählt – wie sollen die das bezahlen, angesichts ihrer Defizite in der Größenordnung von 60 Milliarden € (laut Deutscher Städetag)? Dazu gibt's keine Auskunft.

Auch die „personelle Resilienz“ müsse „aufgebaut werden“. Diese umfasse die Expertise für Krisenfälle. Dafür sei eine „Zusatzausbildung für chirurgisches und traumatologisches Personal sicherzustellen, etwa eine Weiterbildung zur *Disaster Nurse*“, sowie Schulungen in Triage, für chemische, biologische, radiologische und nukleare Gefahren (CBRN).

Dabei gibt's in unserem Gesundheitswesen weit Dringenderes als den Bau unterirdischer Krankenhäuser:

- die Rekommunalisierung der Krankenhäuser, damit unsere Krankenkassenbeiträge endlich nicht mehr auf Aktionärskonten von Klinikketten landen und eine durchgehende Planung nach dem tatsächlichen Bedarf der – ZIVILEN – Bevölkerung möglich wird.

- die komplette Abschaffung der Fallpauschalen, damit die Kliniken endlich u.a. nach medizinischer Notwendigkeit tatsächlich angefallene Kosten gemäß Selbstkostendeckungsprinzip abrechnen können.
- selbst ein höherer Bundeszuschuss zur Stärkung der Krankenkassen wäre mit Verzicht auf Bauprojekte, Drohnen, F35-Bomber und Panzer möglich, die für ein Leben in Frieden einfach unnötig sind!
- Zur Linderung der Personalnot in den Krankenhäusern braucht es ein ganzes Bündel von Maßnahmen, um die Arbeit attraktiver zu machen wie bessere Ausbildung und Praxisanleitung, wie bessere Bezahlung, kürzere und verlässlichere Arbeitszeiten...

Diese Abermilliarden für Aufrüstung und sogenannte Kriegstüchtigkeit können wir uns einfach nicht leisten!



FÜR EIN KRANKENHAUS DES FRIEDENS!

Zum Schulstreik gegen Wehrpflicht:

In über 100 Städten haben am 5. Dezember 55.000 Jugendliche gegen die Wehrpflicht demonstriert, gegen eine Perspektive im Schützengraben - allein in Stuttgart ca. 1200.

Aus der Pressemitteilung der DKP dazu:

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) protestiert gegen den im Bundestag gefassten Beschluss zum „neuen Wehrdienst“ und ist solidarisch mit den zehntausenden Schülerinnen und Schülern, die heute gegen die Wehrpflicht auf die Straße gegangen sind. „Die Schülerinnen und Schüler, die heute gestreikt haben, die Schülerinnen und Schüler, die durch

Repression am Streiken gehindert wurden – sie sind die Hoffnung auf die Zukunft dieses Landes“, sagt Patrik Köbele, Parteivorsitzender der DKP. „Das ist ein Aufschrei der Jugend gegen die Kriegstreiberei von Kabinett und Kapital. Dafür bedanke ich mich im Namen der Deutschen Kommunistischen Partei.“

Abgeschrieben:

Abkehr vom Feindbild Russland – für eine neue Entspannungspolitik!

IPPNW-Ärztinnen und -Ärzte habe am 4.12.25 eine Resolution veröffentlicht, in der sie eine Abkehr vom Feindbild Russland und eine neue Entspannungspolitik fordern. Erarbeitet wurde die Resolution vom friedenspolitischen Arbeitskreis der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzt*innen für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) AK „Süd-Nord“. Um einen Weg aus der Eskalationsspirale und zur Beendigung des Ukrainekrieges zu eröffnen, greife es zu kurz, im Chor mit Regierung und Medien immer wieder einseitig nur den russischen Einmarsch in die Ukraine von 2022 anzuklagen. Dem wolle der Arbeitskreis einen positiven Zukunftsentwurf entgegenstellen, schreibt **Christoph Krämer** in seinen Erläuterungen zu dieser Resolution. Mit dem 28-Punkte-Plan gebe es erstmals seit über drei Jahren Krieg nun einen Lösungsvorschlag, der eine realistische Verhandlungsgrundlage sein könnte. Die eigene Resolution habe aber eine weiterreichende Intention. Sie ziele auf das dem Krieg und dem (selbst-)zerstörerischen Rüstungsfieber zugrunde liegende Problem in den Köpfen, das Feindbild Russland, die Russophobie.



UNSERE ZEIT – Wochenzeitung der DKP:

<https://abo.unsere-zeit.de/6-wochen-uz-probeabo> <https://abo.unsere-zeit.de/6-wochen-uz>